

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 102

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 45.—
monatlich M. 15.—

Halver
Dienstag, den 2. Mai 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
60 Bg., auswärts 70 Bg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Frankreich und die kleine Entente haben Einwendungen gegen den Friedensplan Lloyd Georges erhoben.

* Die alliierten Ministerpräsidenten werden voraussichtlich in einem Küstenort der Riviera in der Nähe von Genua zusammenkommen.

* Nach englischen Blättermeldungen wird angeblich beabsichtigt, Deutschland zu veranlassen, vor der Septemberversammlung der Völkervereinigung um Aufnahme in den Völkerbund nachzudenken.

* Auf der Finanzminister-Konferenz in Würzburg teilte Dr. Hermes mit, daß die Steuereinnahmen des Reichs 90 Milliarden bei 56 Milliarden Voranschlag betragen haben.

* Die politischen Parteien des Rheinlandes wenden sich in einer Entschließung gegen die Neutrifizierungspläne am Rhein.

* Parthou wurde von Poincaré in Paris berufen, um über die Lage in Genua zu berichten.

* Makowski gab in Genua Zusicherungen in die Garantien ab, die die ausländischen Kapitalisten künftig in Rußland erhalten sollen.

* Die deutsche Regierung hat in einer Note an Polen auf die in Ostpreußen herrschenden Besorgnisse vor polnischen Angriffen hingewiesen.

* Die für den 2. Mai angelegte Tagung des Reichstages wurde wegen der ungelärten Lage in Genua bis auf weiteres verschoben.

* Der Reichsfinanzminister Hermes, der von Würzburg nach Berlin kommen wird, bevor er nach Genua zurückkehrt, bezieht die Neuordnung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als dringend notwendig.

* Der preussische Landtagsabgeordnete Heidenreich wurde in Düsseldorf von den Befugungsbehörden verhaftet.

Erzeugung und Verbrauch.

Der Konferenz in Genua liegt u. a. eine Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Stellung der europäischen Kaufkraft vor, deren hochbedeutsame Ausführungen nachfolgend einer näheren Würdigung unterzogen seien.

Zeit genug bleibt der überaus großen Mehrzahl der Delegationen in Genua, das umfangreiche Schrift- und Denkschriftenmaterial zu studieren, das aus aller Herren Ländern mit den Abgesandten der Nationen dort zusammengeführt ist. Fragt sich nur, ob die Herrschaften im Angesicht des blauen Mittelmeeres nichts Besseres zu tun wissen, und ob auf diese Weise nicht all der auf die Ausarbeitung dieses Schriftmaterials verwandte Fleiß so gut wie nutzlos verthan ist. Das wäre, was insbesondere die deutschen Denkschriften betrifft, sehr zu bedauern. Zu ihnen gehört ein Gutachten über die Wiederherstellung der europäischen Kaufkraft, erstattet vom Deutschen Gewerkschaftsbund, zu dessen führenden Geistesherren der frühere preussische Ministerpräsident Adam Stegerwald gehört. Die hier niedergelegten Gedanken sollten aber wenigstens in Deutschland nicht ganz ungehört verhallen.

Die Denkschrift geht aus von dem Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit der Hochvalutastaaten und der mangelnden Konsumkraft der Niedervalutastaaten. Die Wirtschaftskrisis der Staaten mit hoher Valuta ist nicht dadurch zu beheben, daß man ihre Grenzen vor dem Warenandrang aus den Staaten mit niedriger Valuta nach Möglichkeit absperrt. Wie soll Deutschland zum Beispiel den Weltmarkt verdrängen haben, da doch seine Ausfuhr gegenüber der Friedenszeit auf einen Bruchteil zurückgegangen ist. Der wahre Grund des Übels liegt in der Tatsache, daß heute vielleicht zehn Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aus der produktiven Tätigkeit herausgerissen sind, und daß dementsprechend an anderen Stellen der Welt zu wenig produziert wird. Würde für diese zehn Millionen neue Arbeit geschaffen, so würde die Konsumkraft dieser Menschenmassen wieder auf dem Weltmarkt in die Erscheinung treten und einen entsprechenden Anreiz auf die Warenherstellung anderer Länder ausüben. Also müssen die Länder Mittel- und Osteuropas wieder ihre Konsumfähigkeit aus der Zeit vor dem Kriege zurückrufen. Im Jahre 1913 war Deutschland allein für die Erzeugung des Weltmarktes viermal so aufnahmefähig wie 1920, von Rußland und den Ländern der früheren Donaumonarchie ganz zu schweigen, für die sich unter den jetzt gegebenen Verhältnissen keine Vergleichszahlen feststellen lassen. Für 1921 wird die Aufnahmefähigkeit Deutschlands bestenfalls auf ein Drittel der Vorkriegsleistung geschätzt, also fallen immer noch zwei Drittel unserer früheren Einfuhr aus anderen Produktionsländern aus, so müssen jene Länder unter schwer empfundenen Arbeitslosigkeit leiden. In Vertzähl umgerechnet, ergab sich für den Monat Dezember 1921 bei uns eine Goldmarkeneinfuhr von rund 300 Millionen gegen rund 800 Millionen in den letzten Friedensmonaten. Unzweifelhaft stellt sich das Bild für die übrigen mittel- und osteuropäischen Länder noch ungünstiger dar.

Soll aber, wie hiernach gefordert werden muß, die deutsche Produktion gesteigert werden, so hat dies eine Steigerung der deutschen Kapitalbildung zur notwendigen Voraussetzung. Eine Politik, die zur Auffüllung der deutschen Produktionskapitalien führt, müßte automatisch eine Abnahme der Weltarbeitslosigkeit zur Folge haben. Statt dessen haben „die gegenwärtigen internationalen Verhältnisse“ — lies: Der Vertrag von Versailles! — eine Abkühlung der deutschen Kapitalkraft zur Folge und damit für die Zukunft abermals eine Senkung der deutschen Konsumtionsfähigkeit, also gerade das Gegenteil dessen, was für eine Gesundung der Weltwirtschaft unerlässlich wäre. Statt neues Kapital zu bilden, zehrt Deutschland das vorhandene allmählich auf. Die glänzenden Bilanzen deutscher Industriegesellschaften sind trügerischer Schein; hinter gewaltigen Papiergewin-

nen verbergen sich Kapitalverluste. Die Unternehmer tätigen besser daran, statt scheinbar große Dividenden zu verteilen, die Überschüsse in ihre Unternehmen zu stecken, um so die Kapitalgrundlagen der Produktion zu sichern. Auch die Ausfuhr zu Preisen, die hinter den Weltmarktpreisen mehr oder weniger stark zurückbleiben, bedeute im Grunde genommen nichts anderes als ein Milliardenangebot an die ausländischen Abnehmer; die Möglichkeit, zu neuer Kapitalbildung zu gelangen, ist gleichfalls versäumt worden. Hier hat keine verspätet eingeführte Außenhandelskontrolle helfen können. Und dann erst: Was ist für die Durchführung des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages dem deutschen Volkvermögen durch unmittelbare Wegnahme alles entzogen worden; von den laufenden Reparationsleistungen gar nicht zu reden, die natürlich ihrer Höhe wie der Art ihrer Zusammenfassung nach eine dauernde Kapitalminderung für Deutschland bedeuten. Auch hier immer wieder die gleiche Folge: eine Senkung statt der unbedingt notwendigen Hebung der Konsumkraft.

Und endlich: Welche Umsatzen werden nicht für unseren „modernen“ bürokratischen Verwaltungsapparat verbraucht. Organisationsmangel auf der einen, Überorganisation auf der andern Seite, fast überall frißt der Staatshaushalt einen viel zu großen Betrag des nationalen Einkommens auf, entzieht ihn der produktiven Wirtschaft und hilft an seinem Teil mit, die Gesundung der Weltwirtschaft zu verhindern. Zahlreiche Menschen werden unproduktiv beschäftigt und sind damit wiederum die Ursache für die Arbeitslosigkeit einer entsprechenden Anzahl von Menschen in anderen Ländern.

Eine Beseitigung der Weltwirtschaft läßt sich nach alledem nicht durch zunehmende Drosselung des Verbrauchs breiter Schichten auf das physische Existenzminimum herbeiführen, sondern ausschließlich durch die entgegengekehrte Entwicklung. In Wirklichkeit aber ist der Reallohn der breiten Massen hinter der Preisentwicklung der Waren trotz aller Anstrengungen erheblich zurückgeblieben, was im Interesse des europäischen Wiederaufbaues sehr bedauert werden muß. Verteidigung des Reallohnes in Verbindung mit gesicherter Kapitalbildung aus dem Arbeitslohn müssen, weil sie allein wachsende Konsumkraft und damit wachsende Produktion verbürgen, von der Gesamtheit der Nationen angestrebt werden; anders kommen wir aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis nicht heraus.

Wer seine Hoffnung auf die Verabredung internationaler Kredite setzen wollte, würde sehen, daß damit höchstens auf kurze Sicht geholfen würde. Denn diese Kredite werden ja mit der Frage der Regelung der Kriegsschulden in Zusammenhang gebracht, während das eigentliche Problem einzig und allein in der Wiederherstellung der Kaufkraft in den Niedervalutastaaten besteht. Also muß man in erster Reihe auf Krediten Bedacht nehmen, die unmittelbaren wirtschaftlichen Zwecken dienen können, während die Frage der Reparationsschulden höchstens den zweiten Rang beanspruchen dürfte. Die Länder, die heute durch gewaltige Arbeitslosigkeit bedrückt sind, müssen den Unterkonsumtionsländern mit privaten Krediten in weitestem Umfange zu Hilfe kommen. Nur indem man solche Kredite in den Dienst der Weltwirtschaft stellt, kann mit einer wirklichen Besserung der Verhältnisse gerechnet werden. Das gleiche gilt wie für Deutschland, so natürlich auch für Rußland, wo allerdings durch entsprechenden Abbau des Sowjetsystems die Vorbereitungen für die Beseitigung des ausländischen Kapitals am Wiederaufbau erst noch zu schaffen wären. Und was den Warenverkehr unter den Ländern betrifft, so kann er nur durch langfristige Handelsverträge, nicht durch schutzherrliche Sperrmaßnahmen in vernünftige Bahnen gelenkt werden. Auch bedarf es einer großzügigen europäischen Verkehrspolitik, statt der jetzt gegen früher unendlich vermehrten Zollpladereien an allen Straßen und Grenzlinien der Welt, wenn die Wirtschaftsnote der Völker behoben werden soll.

Soweit die Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sollte man in Genua für sie nichts übrig haben, so wird man um so mehr in Deutschland, wenn erst die Konferenz vorüber ist, sich mit ihren Darlegungen zu beschäftigen haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ein deutsches Reichsnahrungsmittelgesetz.

Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist der Plan für Schaffung eines deutschen Nahrungsmittelgesetzes aufgenommen, und man beabsichtigt, zunächst eine Kommission zu bilden, an der die verschiedenen Interessengruppen wie Landwirtschaft, Handel, Genossenschaften und Fabrikanten beteiligt sein werden. Bekanntlich war schon in früheren Jahren von Preußen die Schaffung eines solchen Gesetzes angestrebt, doch erwiesen sich die Schwierigkeiten für die Schaffung allgemeiner Bestimmungen zu groß, so daß ein greifbares Ergebnis nicht herauskam.

Sinnlose Reparationslieferungen.

Nach einer Berliner Blättermeldung stehen seit ungefähr drei Jahren 2000 von den Deutschen an Frankreich gelieferte Waggons auf der Strecke von Nuits-sous-Civoy nach Châtillon-sur-Seine hintereinander aufgereiht in einer Länge von ungefähr 12 Kilometern, ohne je benutzt worden zu sein. Trotz aller Proteste, die sich gegen eine solche Fabriklosigkeit der Behörden erhoben haben, ist bisher nichts geschehen. Die Waggons verfaulen immer mehr. Ähnliches wurde kürzlich aus Amerika berichtet, wo eine ganze Flotte von Schiffen in einem Winkel des Hudson langsam verrottet, während wir immer neue Schiffe für die Entente bauen müssen.

Das Mieterschutzgesetz keine Verfassungsänderung.

Der Reichsrat behandelte den Gesetzentwurf über Mieterschutz und Mieteinigungsämter. Die Vorlage nimmt eine Trennung vor in der Behandlung der Mieteinigungsämter und der sonstigen Entscheidungen der Mieteinigungsämter. Über Mieteinigungsämtern sollen lediglich die Amtsgerichte entscheiden, und als Revisionsinstanz die Landgerichte. In jedem Fall sollen die Umzugskosten ersetzt werden, und im Falle eines persönlichen Interesses des Vermieters eine Zwangsvollstreckung (Räumungsurteil) nur zulässig sein, wenn das Mieteinigungsamt feststellt, daß für den Mieter ein angemessener Ersatzraum vorhanden ist. Mit 35 gegen 28 Stimmen entschied sich der Reichsrat dahin, daß keine Verfassungsänderung vorliege.

Preußen für gleitende Gehaltskala.

Der Ausschuss des Preussischen Landtages für Beamtenangelegenheiten befaßte sich mit der Frage der Regelung des Feuerungszuschlages. Eine besondere Rolle spielte die gleitende Gehaltskala. Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß Preußen den Vorschlag gemacht habe, ein Reichsgesetz zu erlassen, wonach das Reichsfinanzministerium zusammen mit einem Ausschuss des Reichstages ermächtigt werden soll, bei den steigenden Preisen die Feuerungszuschläge entsprechend zu gestalten. Das soll der endgültigen Entscheidung des Parlaments nicht vorgreifen.

Kein neutralisiertes Rheinland!

Die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei haben in einer gemeinsamen Tagung in Königswinter Einspruch gegen die von Ententemächten geplante Neutralisierung der Rheinlande erhoben. In der Entschließung heißt es: So sehr die Befestigung der Rheinlande uns trifft und belastet — auch um den Preis einer Verminderung oder Zurückziehung der Befestigung würden wir von unserer Treue zum Deutschen Reiche nicht um Haarsbreite weichen und auf die Zugehörigkeit zu Preußen nicht verzichten. Aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen halten die Parteien unweigerlich und einmütig am Verbleiben der Rheinprovinz beim Reiche und in Preußen fest.

Polens Begehrlichkeit nach Ostpreußen.

Die polnische Gesandtschaft in Berlin hatte sich beim Auswärtigen Amt in Berlin über eine Rede beschwert, die der ostpreussische Oberpräsident Siehr bei der Eröffnung des ostpreussischen Landtages Mitte März gehalten hatte. Auf diese Rede hat das Auswärtige Amt eine Antwort erteilt, in der darauf hingewiesen wird, daß Siehr ausdrücklich den Wunsch betont habe, daß Deutschland mit den Nachbarvölkern in freundschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen leben möge. Die Rede brüht nur die Besorgnis aus, daß polnische Elemente durch einen Gewaltakt versucht würden, Ostpreußen an sich zu reißen. Daß diese Besorgnisse entstehen konnten, bedauert das Auswärtige Amt aufrichtig, aber sie seien durch verschiedene aufreizende Reden bekannter Polenführer, wie z. B. des Generals Żeligowski, sehr bekräftigt worden.

Feuerungsmassnahmen für Militärrentner.

Ein Gesetzentwurf über Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner wurde im Reichsrat angenommen. Es sollen besondere Feuerungszuschüsse nur an wirklich bedürftige gegeben werden. Als solche sind anzusehen: Völlig erwerbslose Kriegsschädigte, erwerbsunfähige Witwen oder diesen gleichstehende. Durch diese Regelung wird das Reich mit 5 Milliarden belastet. Die Kosten trägt das Reich allein, indem es den Ländern und Gemeinden eine Pauschalsumme zur Verfügung stellt.

Frankreich.

× Beurteilung der französischen Politik durch einen Franzosen. Der politische Schriftsteller Albert Dubarry schreibt in dem Blatt „Eve Nouvelle“, Frankreich sei heute in der schlechtesten Lage, weil die es seit den Kriegsjahren regiert haben, seine ganze revolutionäre Vergangenheit verleugnet hätten, sie hätten sich die Methoden und die Geistesverfassung der Länder mit einer militärischen oder zivilen Diktatur zu eigen gemacht. Frankreich habe eine Sprache geführt, die die anderen Nationen nicht mehr begriffen und aus der sie geschlossen hätten, daß die französische Demokratie im Imperialismus untergegangen sei. Dagegen müsse etwas geschehen, und zwar ohne Verzögerung.

Rußland.

× Kein Prozeß gegen die Mörder Mirbachs. Die Berliner sowjetrussische Vertretung hat ein Telegramm der Staatlichen Politischen Verwaltung (der ehemaligen Tscheka) aus Moskau erhalten, in dem erklärt wird, daß die Meldung über die Strafverfolgung der linken Sozialrevolutionäre Kamkow, Trutowski und Majorow wegen Ermordung des Grafen Mirbach nicht den Tatsachen entspreche. Die drei Genannten verüben eine Strafe für einen Aufstand der linken Sozialrevolutionäre. Ein weiteres Gerichtsverfahren gegen sie wird nicht angestrengt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat stimmte dem Beschluß zu, die Tagungs- und Übernachtungsgelder bei Dienstreisen der Reichsbeamten um 100 Prozent zu erhöhen.

Berlin. Als Grenze, bei welcher der Mangel einer Buchführung in Bezug auf das Umsatzsteuergesetz nicht als ein Verschulden angesehen wird, setzte der Reichsrat die Summe von 120 000 Mark fest.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung in Stendal aufzulösen.

Leipzig. Nach der Operation war das Befinden Kapps zunächst befriedigend. In den letzten Tagen hat sich aber Kapps Befinden wesentlich gebessert. Jedoch wird Kapp noch längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben müssen.

abgeordneten Dr. Pius Durr befandete, von Koffel vorge-
nommene Befragung wichtiger Älten, darunter der Berichte
von Schöen und von Verchenfeld. Koffel erklärte, er habe,
veranlaßt durch die Art, wie bei der Polizeidirektion mit Älten ge-
handelt worden war, die Überzeugung gehabt, verpflichtet zu
sein, die Originale der Urkunden vor den Händen der Revolution-
äre zu schützen, und darum Befehl gegeben, sie zu vernich-
ten. Es habe sich seines Erinnerns dabei um drei Berliner
Gesandtschaftsberichte gehandelt, die dem Wiener Ultimatum
vorhergingen. Als Eisner ihn einige Tage später gefragt habe,
ob Älten vernichtet seien, habe er dies zugegeben, jedoch erklärt,
es werde möglich sein, die Bestände durch Abschriften der ver-
nichteten Urkunden zu ergänzen. Auf Befehl Eisners habe
er dann in Berlin die Ausfertigung der Urkunden bestellt.
Diese habe Eisner zum Studium an sich genommen. Einige
Tage später habe er, der Zeuge, die Veröffentlichung Eisners
in einem Berliner Blatt gelesen.

Graf Verchenfeld auf dem Zeugenstand.

Unter allgemeiner Spannung trat nun Graf Verchen-
feld, der frühere bayerische Bevollmächtigte
in Berlin, an den Zeugenstand. Er habe, so sagte er aus,
den Bericht Schöens in Berlin kennengelernt und ihn durchaus
der damaligen Lage entsprechend gefunden. Zum Beweise für
die Richtigkeit seiner Auffassung beruft er sich auf die Kritik, die
der Bericht von Seiten Bethmann Hollwegs und des Unter-
staatssekretärs Zimmermann erfahren habe. Beide hätten die
Veröffentlichung Eisners sehr bedauert, ihre Kritik habe sich
auf den entstellten Bericht bezogen. Bethmann Hollweg
und Zimmermann seien der Meinung gewesen, daß man den
Krieg vermeiden, jedenfalls die ferbische Frage lokalisieren
könne. In die Weglassung der Sätze, aus denen diese Befrei-
ungen hervorgingen, habe sich ihre Kritik angeknüpft.

Über den Schöenschen Bericht erklärte Graf Verchenfeld: Es
sei zu berücksichtigen, daß er an „Wissende“ geschrieben wurde,
das heißt an Leute, die von der Weltlage unterrichtet waren,
und die ganz genau wußten, daß in Berlin weder der Kaiser
noch der Reichstag einen allgemeinen Krieg gewollt haben.

Den gestern verlesenen Brief erklärte Graf Verchenfeld als
von ihm geschrieben, wenn er auch nicht für jedes Wort der
Abschrift einstehen könne.

Solales und Provinziales.

2. Mai 1922.

□ **Himmelserscheinungen im Mai.** Wir nähern uns
langsam wieder den längsten Tagen. Die Auf- und Unter-
gangzeiten der Sonne sind am 1. d. Mts. 4 Uhr 32 Min.
und 7 Uhr 23 Min., am 11. d. Mts. 4 Uhr 14 Min. und
7 Uhr 40 Min., am 21. d. Mts. 3 Uhr 58 Min. und
7 Uhr 55 Min. und am 31. d. Mts. 3 Uhr 47 Min. und
8 Uhr 8 Min. Am 21. Mai, abends 10 Uhr tritt das
Tagesgestirn aus dem Zeichen des Stiers in das des
Zwillinge. — Den Mond sehen wir zu Anfang d. Mts.
als schmale zunehmende Sichel; er erreicht am 4. das erste
Viertel. Am 11. haben wir Vollmond, am 26. letztes
Viertel. Von den Planeten ist der Merkur von der zweiten
Woche d. Mts. ab am nordwestlichen Abendhimmel bis
zu 4 Stunden zu beobachten. Die Sichtbarkeitsdauer der
Venus nimmt von 1½ bis auf knapp 3 Stunden zu. Der
Mars ist anfangs etwa 4 Stunden, am Ende des Monats
die ganze Nacht hindurch zu beobachten. Dagegen nimmt
die Sichtbarkeitsdauer des Jupiter ab; immerhin ist er
zuletzt noch 5 Stunden zu sehen. Saturn ist die ganze
Nacht hindurch am Sternenhimmel zu finden. — Um den
10. Mai herum pflegen alljährlich stärkere Kälteperioden auf-
zutreten, die unter dem Namen „Mairöste“ bekannt sind.
Man kann aber wohl damit rechnen, daß sich nach dem
kühlen Frühjahr die Mairöste diesmal nicht allzu stark
fühlbar machen werden.

□ **Zur Wetterlage.** In ganz Mitteleuropa dauerte das
veränderliche, bald heitere, bald regnerische Aprilwetter
fort. Unter dem Einfluß mehrerer vom Westen heranzie-
hender Tiefdruckgebiete fielen besonders in den Küsten-
gebieten ziemlich erhebliche Niederschläge. Die Tempera-
turen waren im Vergleich zur vorletzten Aprilwoche etwas
höher, erreichten aber doch nicht die Normalwerte für diese
Zeit. So betrug die Durchschnittstemperatur in Berlin am
26. April 7,6 Grad und am 27. April 7,3 Grad Celsius
gegenüber einem Normalwert von 10,2 bzw. 9,7 Grad Cel-
sius. Am 28. April lag der Kern des Tiefdruckgebietes
über der Ostsee; über der Nordsee lag der Luftdruck
außerordentlich stark. Die Nachrichten aus England ließen
inbessenen das Nahen einer neuen Depression erkennen, so
daß auch für die nächsten Tage eine Änderung der allge-
meinen Wetterlage kaum zu erwarten ist.

□ **Erläuterung bei der Lohnsteuer.** Der Reichsminister
der Finanzen hat in einem Erlaß die Finanzämter ermäch-
tigt, größeren, genügende Sicherheit bietenden Arbeit-
gebern auf Antrag ausnahmsweise und widerruflich zu ge-
statten, statt bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgen-
den Monats erst bis zum 20. des ersten auf jedes Kalender-
vierteljahr folgenden Monats, jedoch spätestens beim Aus-
tritt des Arbeitnehmers aus dem Dienst- oder Arbeitsverhält-
nis, die für die einbehaltenen Steuerabzüge zu verwendenden
Steuermarken in die Eingabebogen der Steuerbücher einzufle-
ben und zu entwerten, sowie die vorgeschriebenen Ein-
tragungen in den Eingabebogen vorzunehmen. Die Ge-
nehmigung ist untätig mit Stempelabdruck auszustellen
und vom Arbeitgeber als Ausweis aufzubewahren. Sie
stellt rechtlich eine Stundung der an sich spätestens am
10. des auf die Lohnzahlung folgenden Monats fälligen
Beträge ohne Sicherheit dar. Die verspätet zum Marken-
anlauf verwendeten Beträge sind daher zu verzinsen. Der
als Zins zu entrichtende Betrag ist auf 5 vom Tausend der
auf volle tausend Mark nach unten abgerundeten Gesamt-
summe der vom Arbeitgeber im abgelaufenen Kalender-
vierteljahr einbehaltenen Steuerbeträge festgesetzt. Zusätz-
lich für die Genehmigung der Anträge sowie zur näheren
Anweisung und Ausfertigung ist das Finanzamt, in
dessen Bezirk die Betriebsstätte des Arbeitgebers liegt.

— **Tagespresse und Kriegsbeschädigte.** In
den heutigen Zeiten der fortwährenden Geldentwertung
und der damit verbundenen Ubertreibung aller No-
stojie hat wohl kaum ein Gewerbe größere wirtschaftliche
Schwierigkeiten zu überwinden als gerade das deutsche
Zeitungsweesen. Erschreckend hoch ist daher schon heute
die Zahl derjenigen Tageszeitungen, die durch wirtschaft-
liche Nöte gezwungen waren, ihr Erscheinen einzustellen.
Wohl haben sämtliche Tageszeitungen ihren Bezugspreis
dem gestiegenen Geldwerte anzupassen versucht; aber in
den allermeisten Fällen halten sich die Bezugspreise,
gemessen an der heutigen Währung der deutschen Mark,
weit unter dem Friedenspreise. Trotzdem aber haben
sich leider viele Kriegsbeschädigte zu dem Entschluß ver-
leiten lassen, wegen der hohen Bezugspreise den
regelmäßigen Bezug ihrer Tageszeitung einzustellen.
Sehr mit Unrecht. Wenn jemals der Grundsatz Berechti-
gung hatte, daß in jeder deutschen Familie eine gute Tages-
zeitung gehöre, dann erst recht heute in der schnelllebi-
gen Zeit. Und für die Kriegsbeschädigten hat der regelmäßige
Bezug einer guten Tageszeitung ganz besondere Bedeu-
tung. Für sie ist die Tageszeitung auch heute noch der
billigste Nachrichtenvermittler. Eine gut geleitete Tages-
zeitung vermittelt nämlich auf dem schnellsten Wege alle

die Kriegsbeschädigten besonders interessierenden wichtigen
Neuerungen und bedeutende Verordnungen. Sie gibt Bericht
über die Verhandlung der Kriegsofferten in den Parla-
menten und sonstigen öffentlichen und privaten Körper-
schaften. Durch regelmäßiges Lesen einer Tageszeitung
entgehen ja die Kriegsbeschädigten der Gefahr, daß ihnen
wichtige Verordnungen entweder garnicht oder nur ver-
spätet bekannt werden. Sie werden dadurch auch davor
behütet, Fristen verstreichen zu lassen und damit ihres
Rechtsanspruches verlustig zu gehen.

— **Halver, 30. April.** Im Haus zur Fuhr sprach
auf Einladung der deutschen Volkspartei, Ortsgruppe
Halver, der Wirtschaftler der deutschen Volkspartei,
Abgeordneter Dr. Hugo über das aktuelle Problem:
Rußland. Redner hat eine längere Informationsreise
durch Rußland gemacht, um aus eigener Anschauung die
Verhältnisse im Osten kennen zu lernen und so konnte
er seine zahlreichen Zuhörer mit hochinteressanten Dingen
aufwarten, die von diesen mit gespannter Aufmerksamkeit ver-
folgt wurden. In keinem Staat der augenblicklichen Zeit
ist der Gedanke der staatlichen Macht so ausgeprägt wie
in Sowjetrußland, daher auch das zitierte Ausrufen
der russischen Staatsmänner in Genau. In den Fabriken
Rußlands fehlt jede wirtschaftliche Richtschnur, niemand
hat ein persönliches Interesse an der Arbeit. Das aller-
schlimmste für Rußland ist das völlige Versagen der
landwirtschaftlichen Produktion. Helfen kann da nur
die Natur. Die Wiederaufrichtung der russischen In-
dustriewirtschaft ist, darüber ist man sich in Rußland
überall klar, eine Aufgabe Deutschlands. Die Schwierig-
keiten der Aufgaben sind aber riesengroß. Die Briten
müssen zum größten Teil wieder hergestellt und neu ein-
gerichtet, das Material dazu auch aus Deutschland ge-
holt werden. Vorerst ist also kaum ein Gewinn zu er-
warten, wohl aber eine starke Kapitalinvestierung und
Anspannung des Kredits erforderlich. Demgegenüber
steht aber die große Aufnahmefähigkeit des Landes für
alle Auslandsprodukte. Die Zahlungsfähigkeit sei aller-
dings zur Zeit eine noch heikle Frage. Redner gibt
eine Anzahl praktischer Winke in dieser Richtung. Wir
stehen vor einem Problem, dessen Auswirkungen sich
uns heute erst nebelhaft zeigen. In Rußland wird uns
eine Betätigungsmöglichkeit geboten, durch die Deutsch-
land und Europa wiederaufgebaut und eine Ordnung
wiederhergestellt wird. Herr Fabrikant Paul vom Brode
dankte Herrn Dr. Hugo für seinen interessanten Vortrag,
den die Versammlung mit starkem Beifall aufgenommen
hatte.

+ **Halver, 1. Mai.** Die auf Samstag abend
anberaumte Versammlung der Vereinigten Turn- und
Spielvereine Halver im Vereinslokal erfreute sich eines
guten Besuchs und wurde vom 1. Vorsitzenden Alb.
Bachhaus eröffnet und geleitet. Vor Eintritt in die
Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in würdiger
Weise des verstorbenen Mitgliedes Conrad Brandt und
die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben
von den Sitzen. Nach Verlesen und Genehmigung der
Protokolle der letzten Hauptversammlung und der Turn-
ratsitzungen schritt man zur Tagesordnung. Punkt 1:
Aufnahme. Es wurden eine Anzahl neuer Mitglieder
vorgeschlagen. Punkt 2: Bericht über den Ganturtag
erstattete Turngenosse Fritz Schönebeck in ausführlicher
Weise. Den Bericht über die Kreisaustragung in
Brügge erstattete Turngenosse Ad. Welter. Punkt 3.
Der Vorschlag des Turnrats am Himmelfahrtsmittag
einen Familien-Ausflug nach Bommert zu machen, fand
allgemeine Zustimmung. Punkt 4: Bezirksfest. Es
wurden die vom Turnrate in Vorschlag gebrachten
Kommissionen bekannt gegeben und noch mehrere Turn-
genossen hinzugewählt. Das Fest ist auf den 16. Juli
festgesetzt und hoffentlich wird es eins der schönsten
Feste werden, die der 6. Bezirk je gefeiert hat. Unter
Punkt Verschiedenes fanden noch einige innere Ange-
legenheiten ihre Erledigung. Der siegreichen Mannschaft
vom Werbeturnen Schalksmühle und Halver wurde ein
dreifaches „Gut Heil“ dargebracht.

— **Dortmund, 28. April.** Tragisches Geschick. Der
Matrose Eiringhaus von hier wurde bei Kriegsbeginn
eingezogen und machte später auf der „Alisa“ die sagen-
haften Kreuzfahrten mit, geriet dann in englische Ge-
fangenschaft und kam nach Kairo in Ägypten. Für
mehrere Fluchtversuche erhielt er nach und nach insgesamt
22 Jahre Kerker. Seit jener Zeit galt er seinen An-
gehörigen als verschollen. Im Februar d. J. glückte ihm
auch die Flucht in der Verkleidung eines Mönches. In
Deutschland angekommen, mußte er alsbald erfahren,
daß seine Frau sich inzwischen wieder verheiratet hatte.
Der längst Totgeglaubte traf kürzlich in Datteln ein,
wo er mit großer Freude und offenen Armen empfangen
wurde.

— **Dortmund, 29. April.** Eine Beiprechung über den
Bau einer Stadtbahn zwischen Dortmund und Hamm,
die kürzlich zwischen den Vertretern der anliegenden Bezirke
stattand, führte zu dem Ergebnis, daß man sich für eine
Verbindung, die von Dortmund über Lünen nach Hamm
führt entschied. Die Wahl dieser geographisch längeren
Linie erfolgte deswegen, weil Unna bereits gute Verbind-
ungen mit den Nachbarstädten hat und Lünen mit seinem
in starker Entwicklung befindlichen Umland von jedem
größeren Verkehr noch sehr abseits liegt. Die Städte
von Dortmund bis Hamm sind als Zubringer der ge-
planten Schnellbahn Dortmund—Köln gedacht.

Nach und Fern.

— **O Deutschlands ältester Lehrer gestorben.** In Berlin
starb der frühere Lehrer Emanuel Jungnickel im 100. Lebens-
jahre. Er war am 12. September 1822 in Wollstein
(Posen) geboren und hatte 62 Jahre seines Lebens in dem
Städtchen Ratibitz (Posen) zugebracht. Der politische Um-
sturz veranlaßte ihn, im Herbst d. J. im Alter von
99 Jahren noch den Wanderstab zu ergreifen und sich in
Berlin eine neue Heimat zu suchen.

— **O Deutsches Rotes Kreuz.** Die erste öffentliche Mit-
gliederversammlung des deutschen Roten Kreuzes wurde
vom 25. bis 28. April unter starker Beteiligung aus ganz
Deutschland in Berlin abgehalten. Die Hauptpunkte der
reichen Tagesordnung waren: Jugendfragen (Fürsorge
für Säugling, Schulkind, Schülernachwuchs, akademische
Jugend), Förderung des Schwesternwesens, der gemein-

schäftigen Arbeit der Sanitätskolonnen und Samariterher-
eine vom Roten Kreuz, Zusammenarbeit mit den sozial-
hygienischen Fachverbänden, Ausbildung von Wohlfahrts-
pflegerinnen, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Flücht-
linge.

Die Zeugen im Eisner-Prozess.

§ München, 29. April.

Im Prozeß Fehrenbach schloß sich an die Vernehmung
des Grafen Verchenfeld die des Legationsrates Frei-
herrn v. Bersner an. Er schilderte die demütigende Be-
handlung, die ihm und anderen Mitgliedern der deutschen Frie-
densdelegation in Versailles zuteil wurde, und führt diese Be-
handlung größtenteils auf die Veröffentlichung Eisners zu-
rück, da er auch in Privatgesprächen über die Kriegsschuldfrage
öfter hören mußte: „Und Eisner?“

Das Gericht beschloß dann, das Auswärtige Amt noch ein-
mal zu fragen, ob es die Genehmigung zur Verneh-
mung des Fürsten Lichnowsky erteile. Auf eine erste
Anfrage hatte das Auswärtige Amt die Genehmigung verweigert,
da der Fürst bis zum Ausbruch des Krieges deutscher Bot-
schafter in London war, auch über Dinge gefragt werden
könnte, auf die sich die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit er-
streckte.

Das Gutachten des Grafen Montgelas.

Der Rest des Tages gehörte dem Gutachten des Grafen
Montgelas, Mitglied der Viererkommission zur Unter-
suchung der deutschen Kriegsschuld. Er beschäftigt sich zunächst
mit dem Schöenschen Bericht, aus dem in der Eisnerschen Ver-
öffentlichung gerade die Stellen weggelassen seien, aus denen
klar hervorgehe, daß die Berliner Regierung den Krieg nicht
wollte. Der gekürzte Bericht, bei dem eine ungemein schwere
Entstellung der ganzen Tendenz vorliege, habe eine verhäng-
nisvolle Wirkung auf das Ausland ausgeübt. Das Gesamt-
urteil der Sachverständigen geht dahin, daß der Schöensche Be-
richt an mehreren Stellen absichtlich, an einigen Stellen insolge
mangelnder politischer Schulung und Kenntnisse des Bearbei-
ters derart entstellt worden sei, daß ein unparteiischer und über-
zeugender Leser daraus entnehmen konnte, vielleicht sogar ent-
nehmen mußte, Deutschland und Österreich hätten eine Aktion
gegen Serbien vereinbart, in der Hoffnung, daß daraus ein
europäischer Krieg entstehen würde. Der Bericht der Entente-
kommission lasse keinen Zweifel daran zu, welche bedenkliche
Wirkung dieser Bericht auf die 14 Mitglieder der Kommission
ausgeübt habe.

In der heutigen Sitzung befaßte der Münchener Stadt-
archivar Landtagsabgeordneter Dr. Durr die Darstellung des
Grafen Montgelas und legte dar, daß zur Vermeidung des
Weltkrieges von Seiten der Entente entschieden viel mehr getan
worden sei als von deutscher Seite. Dies habe zwar Eisner in
den Einzelheiten nicht alles überblicken können, aber allgemein
sei doch Eisners Absicht dahingegangen, alles zu unterbinden,
was Deutschlands Bemühungen zur Vermeidung des Weltkrie-
ges betreffe.

Kleine Nachrichten.

Die Ausprägung von Harigeld.

Berlin. Der Reichsfinanzminister hat jetzt dem Reichstag
den angekündigten Gesetzentwurf über Ausprägung von Er-
satzmünzen im Nennwert von 1, 2, 3 und 5 Mark zugehen
lassen. Danach wird der Reichsrat ermächtigt, an Stelle des
eingezogenen Silbergeldes Ersatzmünzen in gleichem Nennwert
in abweichender Gestalt und aus anderem Metall herstellen
zu lassen. Die Untersuchung über die Wahl des Ersatzmetalls
steht vor dem Abschluß.

Gefäßliche Reisepässe.

Leipzig. In Berlin wurde vor kurzem eine Passfälscher-
werkstatt aufgedeckt. Als Oberhaupt des ganzen Unternehmens
wurde der 27jährige stellungslose Handlungsgehilfe Hauser fest-
genommen und mit ihm seine Helfer. Durch die Untersuchung
wurde festgestellt, daß sogenannte Schleiher in verschiedenen
Städten ihren Sitz hatten, unter anderen auch in Leipzig. Der
Leiter der Leipziger „Filiale“ war der Polizeiberater
Schwabe. In den meisten Fällen handelt es sich um Passfälscher-
vermerke, die zur Einreise nach der Tschechoslowakei nötig waren.
Da Schwabe über seine „Kunden“ Listen führte, wurden 40
Kausleute verhaftet. Die meisten wurden wieder entlassen, da
sich herausstellte, daß sie sich nur wegen schnellerer Beförderung
mit den Passfälschern eingelassen hatten.

Zwei sechzehnjährige Raubmörder.

Graz. Hier wurde die 14jährige Klavierlehrerin Valeria
Lobenstein durch zwei sechzehnjährige Burchen in ihrer Woh-
nung überfallen und durch Zerschlagen und Messer auf schrei-
liche Weise getötet. Nach der Bluttat raubten sie das vorhande-
ne Geld und eine wertvolle Brillantbroche und verzehrten
angesichts der Leiche einen großen Kuchen. Der Polizeibehörde
gelang es, bereits am nächsten Tage die Verbrecher zu ver-
haften.

Halblose Gerüchte.

Prag. Die deutschbürgerlichen Senatoren brachten eine
bringen die Interpellation ein, worin sie gegen die eventuelle
Beteiligung der Tschechoslowakei an Sanktionsmaßnahmen
gegen Deutschland feierlich Einspruch erheben und die Regie-
rung um eine öffentliche Erklärung darüber gebeten wird. —
Eine Anfrage gleichen Inhalts richteten die deutschen sozial-
demokratischen Senatoren in einer Obmannerkonferenz an die
Regierung. Von tschechischer Seite wurde erwidert, daß es sich
lediglich um halblose Gerüchte handele.

Noch immer Petersdorf.

Paris. Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, hat
seiner Regierung mitgeteilt, daß die alliierten Gesandten in
Berlin die französische Note betreffend die Auslieferung der
Täter von Petersdorf und Gleiwitz gemeinsam unterstützt
haben.

Tschechische Arbeiter ins Wiederaufbaugesbiet.

Paris. Nach einer Meldung aus Reims ist dort eine
tschecho-slowakische Kommission eingetroffen, um die Frage der
Entsendung von tschechischen Arbeitern in das Wiederaufbau-
gebiet zu prüfen.

Ein englischer Deutschenfeind als Betrüger entlarvt.

DA London. Der bekannte Herausgeber des Londoner Sen-
sationswochenblatts „John Bull“, Horatio Bottomley, der sich
während des Krieges in zahllosen Heftartikeln als wüster
Deutschensprecher betätigte, wird sich demnächst vor dem Schörrer-
gericht von Old Bailey unter der Anklage des Betruges zu ver-
antworten haben. Die Anklage wirft ihm vor, sehr erhebliche
Geldsummen, die ihm in seiner Eigenschaft als Treuhänder
zugelassen sind, in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Bottom-
ley gründete nämlich während des Krieges überall in England
Vereinigungen zum Kauf von Kriegsanleihen und veranlaßte
ungefähr kleine Leute, hierfür Summen zu zeichnen. Die
hierfür eingegangenen Gelder hat er unrechtmäßigweise sich
angeeignet.

Strenge Forderungen der Reparationskommission an Bulgarien.

DA Sofia. Die Reparationskommission hat nunmehr der bul-
garischen Regierung ihre Wiedergutmachungsforderungen zu-
gestellt. Binnen zwei Jahren soll Bulgarien eine Entschädi-
gungssumme von 40 Millionen Goldfranken zahlen. Davon
sind in diesem Jahre 10 Millionen, im nächsten Jahre 30 Mil-
lionen zu entrichten. Die Reparationskommission verlangt von
der bulgarischen Regierung kategorisch die Annahme eines Ge-
setzes über diese Zahlungen und setzt hierfür die ultimative Frist
bis zum 20. Mai d. J.

„Waterland“ — „Präsident Harding“.

Newyork. Der ehemalige deutsche Dampfer „Waterland“,
der jetzt den Namen „Leviathan“ trägt, wird künftig „Präsident
Harding“ heißen. Das Schiff wird in Virginia flaggemacht
und soll vom Schiffsahrtsamt in Fahrt gebracht werden. Auch
andere Schiffe des Schiffsahrtsamts sollen die Namen früherer
amerikanischer Präsidenten erhalten.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schwedische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ = angeboten; „Geld“ = gekauft.)

Börsenplätze	29. 4.		28. 4.		Stand 1. 8. 14	
	Geld	Preis	Geld	Preis		
Holland	Gulb.	10836,40	10863,60	10786,50	10813,50	170 Mk.
Dänemark	Kron.	6002,45	6017,55	6022,45	6037,55	112
Schweden	Kron.	7330,89	7349,20	7340,80	7359,20	112
Norwegen	Kron.	5323,30	5338,70	5318,30	5331,70	112
Schweiz	Frank.	5523,05	5538,95	5483,10	5483,90	72
Amerika	Doll.	282,84	283,36	282,39	283,11	4,40
England	Pfd.	1250,90	1254,20	1253,40	1256,60	20,20
Frankreich	Frank.	2616,70	2623,30	2583,75	2593,25	80
Belgien	Frank.	2387,00	2393,00	2384,50	2390,50	80
Italien	Lire	1493,10	1501,90	1498,10	1501,90	80
Österr.	Kron.	8,48	8,52	8,65½	8,69½	85
Ungarn	Kron.	86,95	87,05	86,40	86,56	85
Tschechien	Kron.	549,80	551,20	551,90	552,70	

Berlin, 29. April. (Stand der Polnischen Mark.) Polnische Mark der heutigen Börse mit 6,97 Pf. bewertet.

* **Wettensbörse vom 29. April.** Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 700—715. Stett. Roggen, märkischer 525—530, vorpommerischer 530—535. Stett. Sommergerste 515—530. Rubig. Hafer, märkischer 550—570. Stett. Mais ohne Provenienzanzeige prompt 470—475 ab Hamburg. Etwas matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 1770—1880, feinste Marken über Notiz bezahlt. Etwas fester. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 1140—1270. Etwas fester. Weizenmehl 410—415. Stett. Roggenmehl 410—420. Stett. Hafer 930—960. Stett. Weizen 1060—1100. Stett. Erbsen, Victoria 635—655, kleine Speiseerbsen 540—560. Futtererbsen 500 bis 540. Ackerbohnen 530—540. Lupinen, blaue 550—600, gelbe 700—725. Cerradella, neue 1200—1275, 1920er 1050—1100. Rapsluchen 420—460. Leintuchen 690—710. Trodenschnitzel 835—895. Rohwertige Zuckerschnitzel 500—530. Tormelasse 80—70 175—185.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor D. Dresbach für seine trostreichen Worte unsern

innigsten Dank.

Familie Abel.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Bilanz vom 31. Dezember 1921.

Soll	M.	ℳ
Nicht eingezahltes Aktienkapital	149,805,000	—
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken	156,041,456	64
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen Guthaben bei Banken und Bankfirmen	447,820,568	55
Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere	1,059,750,158	27
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	571,719,078	70
Eigene Wertpapiere	86,426,177	14
Beteiligungen an Gemeinschaftsgeschäften	100,587,567	94
Dauernde Beteiligung bei anderen Gesellschaften	56,482,099	12
Außenstände in laufender Rechnung	30,500,000	—
Aval- u. Bürgschaftsforderungen M. 833,939,048.53	1,759,081,107	88
Bankgebäude	24,217,000	—
Einrichtungen	1	—
Sonstige Liegenschaften	995,701	—
	4,443,425,916	24
Haben	M.	ℳ
Aktien-Kommandit-Kapital u. Einlage-Rechnung der Geschäftsinhaber	400,000,000	—
Rücklagen	135,000,000	—
Gläubiger	8,752,499,407	26
Akzepten und Schecks	114,899,065	45
Aval- u. Bürgschaftsverpflichtung M. 833,939,048.53		
Rückstellung für Kriegsteuer	101,268	50
Rückstellung für Talonsteuer	1,108,726	—
Rückstellung für Grunderwerbsteuer	400,000	—
Bau-Rücklage	10,000,000	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1917/20	163,808	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1921	28,000,000	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung 1922	1,762,641	08
	4,443,425,916	24

Gewinn- u. Verlust-Rechnung vom 31. Dez. 1921.

Soll	M.	ℳ
Verwaltungskosten	173,885,830	40
Steuern und öffentliche Lasten	10,906,949	73
Abschreibungen und Rückstellungen	722,047	57
Reingewinn	49,571,362	11
	234,566,189	81
Haben	M.	ℳ
Vortrag aus 1920	697,153	90
Gebühren-Rechnung	80,965,871	35
Zinsen-Rechnung	122,980,827	27
Gewinn auf Wertpapiere	29,922,337	29
	234,566,189	81

Barmen, den 28. April 1922.

Die persönlich haftenden Gesellschafter:

Arioni, Hinsberg, von Rappard, Dr. Frhr. von der Heydt, Harney, Bandel, Bendix.

Bekanntmachung.

Der unter dem 24. Januar ds. Jrs. von der Gemeindevertretung von Halber beschlossene 1. Nachtrag zur Vermögenssteuerordnung für die Gemeinde Halber ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. — Der Nachtrag hängt an der Veröffentlichungsstelle im Amtshause aus.

Halber, den 26. April 1922. Der Gemeinde-Vorstand.

* **Einfuhrüberschuss im deutschen Handel mit dem Ausland.** Die Einfuhrstatistik verzeichnet für März 1922 einen Einfuhrüberschuss gegen die Ausfuhr von 1,6 Milliarden Mark. Unter den eingefuhrten Waren ist die stärkste Zunahme bei den Rohstoffen eingetreten und bei den Halbfabrikaten; hierbei sind insbesondere beteiligt Kohle, Eisen, tierische und pflanzliche Spinnstoffe, Rohabaf, Häute und Felle, Rohseiden, ferner Kupfer, Blei, Zinn, Nickel. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln weist ebenfalls eine starke Steigerung auf. Eine Ausnahme macht jedoch Brotgetreide, wovon geringere Mengen als im Vormonat eingeführt wurden.

* **Deutscher Schiffsverkehr in Malta.** Nach der für das Jahr 1921 herausgegebenen Statistik der Schiffsbewegungen im Hafen von Malta steht an erster Stelle England, dann folgt Deutschland mit 99 Schiffen gegen 17 Schiffe im Jahre 1920.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter.) Vor einigen Tagen ist unter diesem Namen ein neuer Verband ins Leben getreten, der mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten in engster Fühlung steht. Der Vorsitzende der neuen Gewerkschaft Wilhelm Spielte früher im Deutschen Eisenbahnerverband eine Rolle. Aufsehnend steht die neue Gewerkschaft in engster Fühlung mit der Eisenbahner-Reichsgewerkschaft, und bei den kommenden Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Beamten und Staatsbediensteten soll die Eisenbahner-Reichsgewerkschaft bereits die Interessen der neuen Gewerkschaft mitvertreten.

Berlin. (Verband deutscher Lokomotivführer.) Die Reichsfahrervereinigung deutscher Lokomotivführer hat unter Änderung ihrer Satzungen den Namen „Verband deutscher Lokomotivführer“ angenommen und bezweckt nun auch die Vertretung und Förderung der Lokomotivführerinteressen. Der Reichsverkehrsminister hat der Vereinigung zugesagt, ihrem Ersuchen, als Interessenvertretung ihrer Mitglieder berücksichtigt zu werden, zu entsprechen.

Aus der Gerichtssaal.

§ Preistreiber. Milch. Einen Beweis dafür, wie umfangreich die Preistreiber im Molkeerzeuger sind, lieferte ein Prozeß, der vor der Strafkammer zu Paderborn verhandelt wurde. Angeklagt waren der Verwalter Theodor Nöke von der Genossenschaftsmolkerei in Erwitte (Westf.) wegen

Preistreiberi und Bestechung, der Milchhändler Lorenz Wug in Södingen wegen Bestechung und die vier Vorstandsmitglieder der Genossenschaft wegen Verletzung ihrer Aufsichtspflicht. Die Genossenschaft Erwitte erzeugt jährlich 2 1/2 Millionen Liter Milch, die sie während der Zwangsbewirtschaftung an eine Anzahl Städte abzuliefern hatte. Vor Gericht wurde festgestellt, daß Nöke die Milch nur gegen hohe Überpreise, insgesamt von 1 Million Mark, abgegeben habe und für sich persönlich mindestens 163 000 Mark Bestechungsgelder angenommen habe. Das Gericht verurteilte Nöke wegen Preistreiberi zu fünf Monaten Gefängnis, und wegen passiver Bestechung zu weiteren vier Monaten Gefängnis, unter Einziehung der erhaltenen Bestechungsgelder von 163 311 Mark. Wug wurde wegen Bestechung Nökes zu 25 000 Mark Geldstrafe verurteilt, die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft wegen Verletzung ihrer Aufsichtspflicht zu Geldstrafen von 10 000 bis 1000 Mark. Die Einziehung der Überpreise von 728 000 Mark bleibt dem Verfahren gegen die Genossenschaft vorbehalten.

§ Ein Prozeß um 200 Speisewagen. Ein Niesenprozeß, in dem es für Deutschland um eine Summe geht, die bis zu 5 1/2 Milliarden Mark betragen kann, wird in kurzem in Genf vor dem gemischten Gericht für deutsch-belgische Streitigkeiten aus dem Friedensvertrag zur Verhandlung kommen. Die Brüsseler internationale Schlafwagen-Gesellschaft verlangt von der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft Mitropa die Rückgabe von zweihundert ihr gehörigen Speisewagen, die ohne ihre Zustimmung vom Deutschen Reich an die Mitropa abgetreten worden seien, und die Zahlung einer Entschädigung. Das Gericht hat sich von einem Ingenieur der Mitropischen Eisenbahngesellschaft, der die Speisewagen besichtigt hat, ein Gutachten erstatten lassen. Das Gutachten schätzt den heutigen Herstellungswert auf 100 Millionen Schweizer Franken.

Steckenpferd-
Seife

die beste Seifenmilchseife für zarte weiße Haut
Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstr.
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wth. Bell, Halver i. Westf.

Ein neuer Beweis

unserer

unübertroffenen Leistungsfähigkeit.

Infolge großer Neueingänge aus noch sehr günstigen Abschlüssen bringen wir unsere anerkannt guten Qualitäten

weit unter Tagespreis.

Herren-Anzüge	solide Qualität, gute Verarbeitung, grau, braun und grünliche Farben	1375.-	975.-
Herren-Anzüge	besonders gute Qualitäten, moderne Formen, hell und dunkelfarbig	1975.-	1675.-
Herren-Anzüge	größtenteils reinwoll. Qualitäten, Ersatz für Maß	2800.-	2400.-
Hosen	vorzügliche Qualitäten, hell u. dunkel gestreift, 695.- 495.- 295.-		115.-
Schlüpfer : Paletots : Regenmäntel			

in großer Auswahl, zu noch sehr billigen Preisen.

Etagengeschäft

Merkur
Hagen i. W.
Kampstraße 18 a.

Spezialhaus für mod. Herren- u. Jünglingskleidung

Verkauf nur 1. Etage.

Das ist billig!

Rei wolle

Jackenkleider

blau und schwarz mit schöner Tressengarnierung

975.- Mk.

[solange Vorrat.]

Etagengeschäft

Münch-Berg

12 Hagen i. W. 12
Eiberfelderstrasse

Verkauf nur 1 Treppe.

Preislisten, Kataloge

für die Klein-eisenindustrie werden als Spezialität schnell und preiswert angefertigt. Stelle hierzu aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.

Wth. Bell jr., Halver i. Westf.

Wir suchen
Fallhammerschmiede
für große u. kleine Hämmer, je einen
Breissenarbeiter,
für Kalt- und Warmpresse, einen
jugendlichen Arbeiter
für die Packstube, Vernickelei und Bügeleisen schmiede.
Märktisches Werk,
G. m. b. H.
Halver — Haus Heide.

Amt Halver.

Zwangsinnung für das Schuhmacher-Handwerk.
Die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacher-Handwerk in dem Bezirk des Amtes Halver zum 1. Mai ds. Jrs ist nach erfolgter Abstimmung durch den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg angeordnet worden.

Die vierwöchige Beschwerde (§ 100 b der Reichsgewerbeordnung) läuft vom 5. Mai 1922 ab.